

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 8 (1967)

Heft: 26

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Doch ein Verteidiger für die CIA

Da hat die CIA doch einen Verteidiger gefunden, der sie vom Rufe reinwaschen will, an allem schuld zu sein. Es ist dies die parteiamtliche Belgrader Zeitung «Borba».

In einer Artikelserie hat das KP-Organ gegen die Greuelmärchen Stellung bezogen, die man systematisch über die CIA in Zirkulation setze, und die Gerüchte verurteilt, die man über die Tätigkeit des amerikanischen Nachrichtendienstes verbreite.

Warum diese Apologie, die sich sonst niemand auf der Welt leisten möchte, gerade von dieser Seite?

Nun, es mussten schon besondere Gründe sein, die Jugoslawien bewogen, aus dem Chor auszutreten, in dem es doch bis zu diesem Herbst durchaus eifrig mitgesungen hatte. Diese Gründe bestehen tatsächlich, und sie sind wirklich spezifisch jugoslawisch. Es zeigte sich nämlich, dass die Anhänger des letzten Jahr gestürzten Rankovic samt seinen in die Wüste geschickten Geheimdienstleuten die CIA-Fama für eigene Zwecke auszunützen trachteten. Sie führten jeden Unglücksfall im Lande und jede Reiberei innerhalb der Partei auf diese Organisation zurück, um dann argumentierend weiterzufahren: «Da seht ihr wohl, unter Rankovic wäre so etwas nicht möglich. Aber wenn man politische Polizei und Sicherheitsdienst kaputt macht, wenn man die Autorität der bewährten Genossen untergräbt, dann kommt eben die CIA und steckt das ganze wehrlose Land in den Sack.»

So kam es, dass ausgerechnet die «Borba» den amerikanischen Geheimdienst vor ungerechten Anschuldigungen in Schutz nehmen musste und dafür seine Anchwärter angriff: «Verbreitet und ermutigt wird die CIA-Obsession in unserem Lande durch die Ueberreste des Klassenfeindes, die Reaktionäre und besonders die bürokratischen und nunmehr entmachteten Kräfte, welche sich sowohl den Reformen und Beschlüssen des 4. ZK-Pleenums als auch unserer Entwicklung im allgemeinen widersetzen.»

Dass die «Borba» wie auch die übrige jugoslawische Presse bis kurz zuvor ihren eigenen Beitrag zur «CIA-Obsession» beigetragen hatte, steht nicht mehr zur Diskussion. Zu ihrem Leidwesen musste die Partei inzwischen erfahren, dass Märchen polyvalente Kampfmittel sind und zuweilen auch anders eingesetzt werden können, als man es sich so vorgestellt hat.

Reingewaschen wird dabei die CIA, wenigstens was ihre Tätigkeit auf jugoslawischem Territorium betrifft. Sie hat ihren Lesern ausdrücklich klargemacht, dass die CIA weder für Brandbeschädigungen an 250 kroatischen Fabriken verantwortlich war, noch für die Flucht des Nazi-Kriegsverbrechers Erich Raakowitsch, noch für Preisänderungen beim importierten schottischen Whisky.

Ein konkreter Fall der Gerüchtemacherei um die CIA betraf den letzten Jahr tödlich verunfallten stellvertretenden

Ministerpräsidenten Kraiger, der als überzeugter Anhänger der Reformen bekannt war. In der Belgrader «Politika» erschien diesen Oktober ein Artikel, in dem erwähnt wurde, Kraiger habe laut Gerüchten 40 000 oder 50 000 Dollar in einer Schweizer Bank deponiert gehabt und der Transfer sei direkt von der CIA besorgt worden. Der «Borba» erscheint der infame Versuch, Kraiger als CIA-Agent darzustellen, einzig deshalb unternommen worden zu sein, um seine Reformgedanken zu diskreditieren und jene Persönlichkeiten anzuschwärzen, welche die Reformen durchzuführen trachteten.

Als Mihajlov dieses Jahr der Prozess gemacht wurde, hatte die Anklage seine Auslandshonorare als CIA-belausstet dargestellt (via SOI notabene). Wir hatten dazu festgestellt, dass das SOI im Unterschied zu Jugoslawien kein Geld aus den USA beziehe. Und wenn man schon modischerweise hinter jedem amerikanischen Geldgeber die CIA vermuten wolle, müsse einem ja die Milliarde Dollar an Jugoslawien zu denken geben. Nun hat Jugoslawien anscheinend auf eine andere Art erfahren, dass das CIA-Motiv zum Bumerang werden kann. Und es hat in seiner eigenen Presse dargestellt, wie leicht man das Ding zu Lügen und Verleumdungen benutzen kann. Es wäre schön, wenn man in Belgrad die Konsequenzen nicht nur in bezug auf die Rankovic-Anhänger ziehen würde.

Gastarbeiter in der UdSSR

Im Rahmen des anlaufenden Arbeitskräfte-Austausches zwischen den Comecon-Ländern (zur Beschäftigung ungarischer Arbeiter in Ostdeutschland siehe KB, Nr. 24) ist es bemerkenswert, dass Bulgarien Gastarbeiter in die Sowjetunion entsenden wird. Sie sollen in den Taigagebieten als Holzarbeiter eingesetzt werden.

Das hängt damit zusammen, dass sich die Sowjetunion durch ein im Dezember unterzeichnetes Abkommen verpflichtet hat, Bulgarien jährlich 500 000 Kubikmeter Holz für seine Papier- und Zelluloseindustrie zu liefern. Um den dazu benötigten Holzschlag sicherstellen zu können, werden 3000 bulgarische Holzarbeiter im hohen Norden der UdSSR eingesetzt. Die Leitung obliegt einer gemischten bulgarisch-sowjetischen Gesellschaft. Die ersten Arbeitsgruppen sollen bereits 1968 in der Taiga erscheinen und vorerst die nötigen Verkehrswege errichten.

Dieses Abkommen steht in Einklang mit dem sowjetischen Bestreben, die Mitgliedsländer des Rates für Gegen seitige Wirtschaftshilfe (RGW) dazu zu bewegen, sich aktiv an der Erschließung der sowjetischen Rohstoffe

zu beteiligen. Damit will Moskau den wirtschaftlichen Nachteil kompensieren, der sich nach sowjetischer Darstellung daraus ergibt, dass die ost europäischen Staaten der UdSSR vorwiegend arbeitsintensive Industrieprodukte (Maschinen) liefern, welche die Sowjetunion grossteils mit Rohstoffen zu bezahlen hat. Moskau hat durch seine Wirtschaftspublizisten schon seit einiger Zeit darüber geklagt, dass die UdSSR bei diesem Austausch benachteiligt werde, da ihre gegenwärtigen Rohstoffpreise nicht kostendeckend seien, eine These übrigens, die nicht nur von der tschechoslowakischen, sondern auch und sogar von der ostdeutschen Fachpresse zurückgewiesen wurde. Der Versuch, die Partnerstaaten direkt in der Rohstoffgewinnung zu engagieren, stellt unter diesen Umständen vielleicht die Alternativmöglichkeit zu Preiserhöhungen dar, die Moskau schon angedroht haben soll.

Vom Kanarienvogel

Auf dem stürmischen tschechoslowakischen Schriftstellerkongress dieses Sommers hatte man auch über Kanarienvögel gesprochen. Das ergibt sich jedenfalls aus dem Kongressvotum des Dichters Jan Skacel, das später in der literarischen Monatszeitschrift «Host do Domu» (Brno/Brünn) veröffentlicht wurde. Wir bringen einige Auszüge, die zeigen können, wovon die Rede war, als von Kanarienvögeln die Rede war.

«Wenn der Kanarienvogel immer in seinem Käfig eingeschlossen bleibt, muss er sein eigenes Nest beschützen, ob er will oder nicht.»

«Im Dunkeln weigert der Kanarienvogel sich zu singen. Deckt man den Käfig zu, wird der Kanarienvogel still. Man tut das ja in jedem Haushalt mit Kanarienvögeln. Sobald ihr Singen lästig wird.»

«Singt der Kanarienvogel nun aus Freude oder Schmerz? Wir haben das Problem zu schwer gefunden. Dafür verstehen wir, dass man ihm wohl von Zeit zu Zeit die Klaue schneiden muss. Das heißt, verstehen ist zuviel gesagt, doch ist es uns bekannt.»

Das Gespräch Bonn - Prag

Y. Die Ausweisung des Prager Körrespondenten der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» bedeutete keineswegs, liess man in Prag wissen, dass die CSSR an einer Klimaverschlechterung mit Bonn interessiert sei oder keinen andern Vertreter dieses Blattes in der Tschechoslowakei akkreditieren wolle. Die Ausweisung von A. Rasumovsky war wegen eines Berichtes erfolgt, der den Gesundheitsminister Plojhar in ein unvorteilhaftes Licht gerückt hatte und von diesem als beleidigend bezeichnet worden war.

Dessenungeachtet scheint die CSSR den Ausbau ihrer Beziehungen zur Bundesrepublik zieltrebig weiter zu betreiben, obgleich der Anschein vielleicht ein anderer ist, und obgleich Pankow auf diese Tendenz mit Quer-

schüssen und merkbarem Missmut reagiert.

Wenn es zur Zeit der Normalisierung zwischen Bonn und Bukarest in Prag geheissen hatte, dieser Schritt habe eine ähnliche Entwicklung in bezug auf die CSSR blass erschwert, so meint man jetzt zum bevorstehenden Arrangement Bonn—Belgrad, es werde stimulierend wirken. Tatsächlich ist schon ein «Vorkommando» von Willy Brandt in Prag eingetroffen, um dort auf Jahresbeginn die Einrichtung der bundesdeutschen Handelsmission einzuleiten. Sie wird zur Ausstellung von Sichtvermerken befugt sein, ohne jedoch ausdrücklich konsularische Kompetenzen zu haben. Mit Rücksicht auf den seit zwei Jahren stärker gewordenen CSSR-Reiseverkehr in die Bundesrepublik wird die Vereinfachung der Visumprozedur und vor allem die Verkürzung der Wartezeit von bisher sechs Wochen begrüßt.

Die Tschechoslowakei hält ihrerseits auf Neujahr ein Team von 30 Mann für Frankfurt bereit. Es besteht aus Experten der Wirtschaft und des Tourismus. Als diplomatischer Vorbote hält Egon Busch, Chefredakteur der aussenpolitischen Zeitschrift «Mezinarodni Politika», eine Vortragstournee in Westdeutschland. Hier analysiert er die «neue Bonner Ostpolitik aus tschechoslowakischer Sicht» und meint, im Westen gebe es nichts oder doch nur wenig Neues. Solcher nach der Öffentlichkeit hin betont Skepsis steht allerdings die Absicht gegenüber, mit berufenen Kreisen substantielle Gespräche zu führen. Im Moment übrigens hat die «Woche der Begegnung» Vorrang, die von der CSSR zum Jahresbeginn in Frankfurt mit beispiellosem Aufwand veranstaltet wird.

Dieses Ereignis ist gleichzeitig Arbeitsbeginn für die CSSR-Kommission zur Pflege guter Beziehungen mit der Bundesrepublik. Unter der Schirmherrschaft von Dr. A. Snejdarek, Prager Akademiemitglied und Professor für Zeitgeschichte, sind hier 50 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft bemüht, Kontakt mit deutschen Partnerorganisationen herzustellen oder auszuweiten. Man betont die inoffizielle und unpolitische Natur beider Organisationen und traut ihnen doch zu, den Mangel an diplomatischen Beziehungen auszugleichen. Nach Bukarest und Belgrad könnte Prag die nächste Metropole mit erträglichen Beziehungen zu Bonn sein. Eine übernächste ist freilich nicht in Sicht.

Kubas neue Raketen

Die politisch-ideologischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Havanna und Moskau haben anscheinend nicht gehindert, dass sich die sowjetische Militärpräsenz auf Kuba im Laufe dieses Herbstes massiv verstärkt hat.

Seit September begannen die Sowjets in der Gegend der Isla de Pinos, südlich vom Distrikt Havanna in der Bucht von Siguanea, grosse Unterseebootstützpunkte auszubauen. Zur selben Zeit wurde ein Teil der Bevöl-

kerung ins Innere des Landes evakuiert; die verlassenen Wohnungen wurden von neu angekommenen Sowjetsoldaten übernommen.

Gleichzeitig mit dieser rein sowjetischen Installation findet auch die Ausrüstung des kubanischen Heeres mit Lang- und Mittelstreckenraketen statt, die im Hafen von Tarafa, im Norden der Provinz Camagney, ausgeladen werden. Augenzeuge stimmen im Herbst unabhängig voneinander überein, dass sie sieben solcher Raketen gesehen hätten. Jede von ihnen soll etwa doppelt so lang wie eine Telegraphenstange sein.

Im Hafen von Havanna werden anscheinend schon seit Monaten regelmässig Kisten von rund 5 Meter Länge ausgeladen, von denen man vermutet, dass sie Teile für die in Kuba montierten Mig-21-FL-Flugzeuge enthalten, die sich insbesondere zum Transport von Raketen eignen.

Schliesslich hätten in den Häfen Mariel, Havanna und Pinar del Rio innerhalb einiger Wochen 14 sowjetische Transportschiffe angelegt, und eine «bedeutende Anzahl» sowjetischer Soldaten seien an Land gegangen.

A. M.

Die Atomkraftwerke der UdSSR

Im Elektrifizierungsplan der Sowjetunion spielen die Atomkraftwerke eine zunehmende Rolle. Nach einer Erklärung des Chefingenieurs der Hauptverwaltung für die Ausnutzung der Atomenergie (Glawatomenergo), G. W. Jermakov, arbeiten heute in der UdSSR, neben einer kleineren Versuchsanlage in Obninsk, bereits vier industrielle Atomkraftwerke mit einer Gesamtleistung von über einer Million Kilowatt. Dabei hat sich keine Erhöhung der Radioaktivität über die zulässige Dosis hinaus ergeben, da die Reaktoren gut abgeschirmt wurden und man entsprechende Schutzmaßnahmen ergriffen hat.

Im europäischen Teil der Sowjetunion wird laut Jermakov die Elektrifizierung zukünftig auf der Atomenergie beruhen. In Nowo-Woronesch befindet sich das wichtigste und qualitativ beste Kraftwerk, dessen erster Block mit einer Leistung von 240 000 Kilowatt bereits angelauft ist. Im Jahre 1968 wird mit 375 000 Kilowatt auch der zweite Block in Betrieb genommen. Nachher folgen der dritte und vierte Block mit je 440 000 Kilowatt. Durch die Modernisierung der Ausrüstungen hofft man, die Baukosten wesentlich verringern zu können.

Die Gestaltungskosten der von den Atomkraftwerken erzeugten Energie findet Jermakov nicht teurer als diejenigen der konventionellen Kraftwerke. Nur die ersten Blöcke der Atomkraftwerke pflegen mit etwas höheren Produktionskosten zu arbeiten, was sich später durch die Inbetriebnahme weiterer Blöcke mit Erfolg ausgleicht. Als Beispiel führt er das Wärmekraftwerk bei Ugleorsk (Donez-Becken) an, wo die Kosten sich je Kilowattstunde auf 0,56 Kope-

ken belaufen, während sie bei der zweiten Ausbaustufe des Atomkraftwerkes Nowo-Woronesch jedoch nur 0,45 Kopeken betragen.

Über die Entwicklungspläne befragt, bezeichnete der sowjetische Atomingenieur die Tschuktschen- und die Kola-Halbinsel des hohen Nordens als die nächsten Standorte von Atomkraftwerken, die das Zentrum der dortigen Bergbauindustrie bilden werden. Auch in der Tundra soll ein Atomkraftwerk entstehen, um die Goldfelder und Goldschächte dieser Gegend mit Elektroenergie zu versorgen.

Ungarns Jugend mobilisiert

Dreimal im Verlauf einer einzigen Woche hat das ungarische KP-Zentralorgan sein Augenmerk auf den Patriotismus der Jugend gerichtet (wie denn überhaupt das Thema «Patriotismus» in den letzten Monaten die grosse Mode der Landespresse ist). «Nepszabadság» hätte keinen besseren Beweis dafür liefern können, dass die Frage dem governementalen Budapest jetzt auf den Fingern brennt. Aber im Moment versteht man in Ungarn unter Jugendpatriotismus ganz konkret die Waffenausbildung.

Um die neue Generation bei der Moskauer Stange zu halten, sind gerade in Ungarn außerordentliche Bemühungen notwendig, und entsprechend wird geeifert. Bei den Pionieren (bis zu 14) fängt es an, und offenbar mit ziffernmässigem Erfolg. Zählte man ihrer 1961 noch 674 000, so hat die Mitgliedschaft der Staatsjugend 1967 bereits 1,9 Millionen erreicht, das heisst 87 Prozent aller Schüler in den obligatorischen Grundschulen.

Diese Jugendlichen werden nicht nur dem Zeitvertreib zugeführt, der ihren Lebensjahren entspricht. Denjenigen etwa, die im westlichen Grenzgebiet wohnen, wird es zur Pflicht gemacht, Spitzelbrigaden zu bilden, nach massischen Flüchtlingen zu forschen, ihnen nachzustellen und sie anzuzeigen. Nach erfolgreicher Jagd erhalten sie Belohnungen für «patriotische Wachsamkeit». Das dabei aufgesetzte strahlende Lächeln spiegelt vielleicht die erste bewusste politische Lüge dieser Jugendlichen wider, die im Familienkreis die Fernsehprogramme Österreichs verfolgen. Sie sind mit ihrem wirklichen Interesse und oft auch mit ihrer Sympathie «drüber» und bringen vielen dialektischen Attributen der Budapester Amtssprache frühzeitige Skepsis entgegen.

Die Aufrüstung der Jugend ist keineswegs nur moralisch. Schon früh lässt Kadar seine Teenager nach den Waffen greifen, schon abgesehen davon, dass sie mit 18 allesamt einrücken müssen, wobei ihnen im Gegensatz zur Praxis anderer Volksdemokratien in keinem Fall Aufschub bewilligt wird. Die Budapester Pädagogen und ihre armeepychologischen Helfer vom «ungarischen Landesverteidigungsverband» röhren seit dem Oktoberbeschluss dieser paramilitärischen Organisation die Werbetrom-

mel für die Waffenübungen von ABC-Schützen. Individuelle Instruktoren sollen ab sofort die theoretische und praktische Ausbildung straffen und darauf hinweisen, dass das Vaterland in Gefahr sei. «Die internationale Spannung und die offene Aggressionspolitik der Imperialisten zwingen zu erhöhter Verteidigungsbereitschaft». So lernen es die Kinder in der Schule. Dieser Kampfesmut wird überraschenderweise neuerdings auch gegenüber dem neutralen Österreich dokumentiert, das den Schülern als «Brücke für die Imperialisten» vor gestellt wird. Dabei wird die aussenpolitische Propaganda der «gutnachbarlichen Beziehungen» in Wien anscheinend noch immer für bare Münze genommen. Inzwischen werden die ungarischen Jugendlichen sogar auf einen militärischen Einsatz in Österreich vorbereitet, was unter anderm durch Schilderungen der dortigen Verteidigungsanlagen des Bundesheeres erfolgt. All dies dient aber vielleicht in erster Linie auch dazu, die Flucht junger Ungarn nach Österreich einzudämmen, die sich in letzter Zeit vervielfacht hat.

Die rumänische Schiffbauindustrie

Die rumänische Schiffbauindustrie hat sich nach einer ostdeutschen Darstellung in den letzten zwei Jahrzehnten besonders rasch entwickelt. In allen Werften wurden die Produktionskapazitäten erhöht; es wurden grössere Montageflächen, neue Reelings und Ausrüstungskais angelegt, die mit leistungsfähigen Kränen ausgestattet wurden. Weiterhin errichtete Rumäniens für seine Schiffbauindustrie moderne Werkhallen, mechanisierte den Produktionsgang, schaffte moderne Maschinen und Ausrüstungen an und verbesserte die technologischen Ferti-

gungsprozesse. Außerdem nahm von Jahr zu Jahr die Zahl der hergestellten Schiffstypen zu.

Die Zentren des rumänischen Schiffsbau liegen an der Donau, die auch für das Verkehrswesen des Landes eine bedeutende Rolle spielt, sowie am Schwarzen Meer. Schiffswerften bestehen in Turnu-Severin, Giurgiu, Brăila, Oltenita, Galati und Konstanta.

In Kürze

In Polen tritt mit dem neuen Jahr ein neues Renten- und Pensionssystem in Kraft, das bis 1970 eine allgemeine Erhöhung der Auszahlungen vorsieht. Insbesondere werden die Minimalrenten von bisher 700 Zloty (Kaufkraft zirka 100 Schweizer Franken) erhöht.

*

Zwischen der staatlichen ungarischen Aussenhandelsgesellschaft Chemolimpex und der Basler Geigy AG ist ein Kooperationsvertrag zur Herstellung eines Pflanzenschutzmittels gegen Maismotten unterzeichnet worden. Die Schweizer Firma stellt den Grundstoff her, der dann nach Ungarn verarbeitet wird. 1968 sollen 400 Tonnen und 1969 bereits 1000 Tonnen Schutzmittel erzeugt werden.

*

In Bratislava ist die slowakische Presseagentur «Tatrapress» gegründet worden. Aufgabe der neuen Institution ist die Propagierung der slowakischen Kultur und Landschaft bei der ausländischen Öffentlichkeit. In Prag besteht eine ähnliche Agentur («Pragopress»), die für die gesamte Tschechoslowakei werben soll, seit mehreren Jahren. Möglicherweise fühlte man sich in der Slowakei hier nicht genügend berücksichtigt.

Indische Regierung als «Nowosti»-Ablage

Die indische Regierung hat sich verpflichtet, sowjetisches Propagandamaterial selbst in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Auf Grund eines Vertrages mit der sowjetischen Nachrichten- und Features-Agentur «Nowosti» wird das Presse- und Informationsbüro der Regierung Indiens sowjetisches Werbe- und Photomaterial an die indische Presse weiterleiten, eine Aufgabe, die bisher von der Informationsabteilung der UdSSR-Botschaft in Neu-Delhi wahrgenommen wurde.

Für das indische Amt ist die vertraglich übernommene Aufgabe ein Novum. Nach seinen Statuten soll es «Bindeglied zwischen der Regierung und der Öffentlichkeit» sein. Es «dient der indischen Presse und ausländischen Pressekorrespondenten in Indien mit Nachrichten- und Photomaterial über die Aktivitäten der indischen Regierung». Dass das Büro auch für fremde Regierungen tätig werden soll, steht in seinen Statuten nicht.

Aber man will in Delhi offenbar keinen Minimalismus betreiben, wenn es um Freudsdiene für die Sowjetunion geht. Schliesslich weist das indische Non-Engagement schon seit einiger Zeit die Eigentümlichkeit auf, dass seine Stellungnahmen mit den sowjetischen Wünschen übereinstimmen. Vielleicht könnte die UdSSR im Sinne einer Gegenleistung ihrerseits etwas für die indische Presse tun? Beispielsweise sie im Auftrag der indischen Regierung censurieren. Als Anregung ist dieser Gedanke möglicherweise gar nicht so gefährlich, weil er den beiden Partnern schon von selbst in den Sinn gekommen sein könnte.

Man kann «Moskaus Hand in Indien» schon fast nicht mehr auf die Finger klopfen, weil die um sie gewickelten indischen Regierungsbeamten einen zu dicken Polster abgeben.